

Frau Bundesministerin  
Dr. Margarete Schramböck  
Bundesministerium für Digitalisierung  
und Wirtschaftsstandort  
Stubenring 1  
1010 Wien

Per E-Mail: [buero.schramboeck@bmdw.gv.at](mailto:buero.schramboeck@bmdw.gv.at)

Wien, am 17.04.2020

### **ORF Sendung „ECO“ vom 16. April 2020**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Bezugnehmen auf Ihre Aussage in der gestrigen ORF Sendung „ECO“, wonach Sie jedem Unternehmen, das derzeit aufgrund der Vorgaben der Bundesregierung nicht in der Lage ist, seine unternehmerische Tätigkeit auszuüben, raten, „ihre Zeit nicht mit Anwälten zu verschwenden“ darf ich Ihnen namens der 6.600 österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte mitteilen, dass dieses Statement mit großem Befremden aufgenommen wurde.

Wie Sie wissen, stehen derzeit tausende Unternehmerinnen und Unternehmer aufgrund der von der Bundesregierung und dem Gesetzgeber beschlossenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von COVID-19 vor gewaltigen wirtschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen, bis hin zum drohenden bzw bereits eingetretenen unternehmerischen und persönlichen Ruin.

Die österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zählen nicht nur auch selbst zu den Betroffenen, sondern unterstützen die Menschen unseres Landes gerade jetzt tatkräftig bei der Bewältigung dieser in der Zweiten Republik noch nie da gewesenen Krisensituation. Nicht zuletzt, um möglichst viele Unternehmen vor der Insolvenz und die österreichische Wirtschaft vor einem Totalschaden zu bewahren. Ich gehe davon aus, dass dieser Einsatz auch in Ihrem Sinne als Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort ist.

Ihrer Aussage, wonach das Einholen fundierten Rechtsrates durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt verschwendete Zeit sei, ist daher entschieden entgegen zu treten. Damit diffamieren Sie nicht nur eine ganze Berufsgruppe, die derzeit trotz aller Widrigkeiten und unter besonders schwierigen Voraussetzungen ihrer für den Erhalt des Rechtsstaates und der heimischen



Wirtschaft immanent wichtigen Arbeit nachzugehen versucht, sondern sprechen vor allem all jenen tausenden Betroffenen die Durchsetzung ihrer Rechte ab.

Als Vertreter der österreichischen Rechtsanwaltschaft protestiere ich daher auf das Schärfste gegen diese Aussage und ersuche Sie, diese ehestmöglich öffentlich zu widerrufen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rupert Wolff  
Präsident

